

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köster in Stettin.

Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Name im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat Dezember auf die täglich einmal erscheinende Pommerse Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 19. November.

Präsident v. Bismarck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Dr. Lucius u. A.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsanwaltschafts.

Die Debatte beginnt mit der gestern abgebrochenen Diskussion über das Kapitel „Schweinefleisch“ und die dazu gestellten Anträge des Abg. Dr. Barth (deutschfrei.) auf Aufhebung

des Schweine-Einfuhrverbots aus der dänischen Grenze und des Abg. Dr. Webst (nat.-lib.) wegen möglichst ausgedehnter Gewährung der Erlaubnis zur Einfuhr lebender Schweine nach

Schlachtenhöfen des deutschen Reichs.

Abg. Bundeberg (deutschfrei.): Keine Maßregel werde so hart empfunden in allen Kreisen der Bevölkerung als das Schweine-Einfuhrverbot. Daß das Schweinefleisch in Folge

der Sperre nicht mehr in den Handel kommen

kann, ist eine Tatsache, die jedem einleuchtend

ist. Die Sperre ist eine Maßnahme, die nur

dann gerechtfertigt ist, wenn sie die Gesundheit

der Bevölkerung zu schützen dient. In diesem

Falle ist die Sperre eine notwendige Maßnahme,

die nicht aufzuheben ist, solange die Gefahr

besteht. Die Sperre ist eine Maßnahme, die

nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie die

Gesundheit der Bevölkerung zu schützen

dient. In diesem Falle ist die Sperre eine

notwendige Maßnahme, die nicht aufzuheben

ist, solange die Gefahr besteht. Die Sperre

ist eine Maßnahme, die nur dann gerechtfertigt

ist, wenn sie die Gesundheit der Bevölkerung

zu schützen dient. In diesem Falle ist die

Sperre eine notwendige Maßnahme, die nicht

aufzuheben ist, solange die Gefahr besteht.

Die Sperre ist eine Maßnahme, die nur dann

gerechtfertigt ist, wenn sie die Gesundheit der

Bevölkerung zu schützen dient. In diesem

Falle ist die Sperre eine notwendige Maßnahme,

die nicht aufzuheben ist, solange die Gefahr

besteht. Die Sperre ist eine Maßnahme, die

nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie die

Gesundheit der Bevölkerung zu schützen

dient. In diesem Falle ist die Sperre eine

notwendige Maßnahme, die nicht aufzuheben

ist, solange die Gefahr besteht. Die Sperre

ist eine Maßnahme, die nur dann gerechtfertigt

ist, wenn sie die Gesundheit der Bevölkerung

zu schützen dient. In diesem Falle ist die

Sperre eine notwendige Maßnahme, die nicht

aufzuheben ist, solange die Gefahr besteht.

Die Sperre ist eine Maßnahme, die nur dann

gerechtfertigt ist, wenn sie die Gesundheit der

Bevölkerung zu schützen dient. In diesem

Falle ist die Sperre eine notwendige Maßnahme,

die nicht aufzuheben ist, solange die Gefahr

besteht. Die Sperre ist eine Maßnahme, die

nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie die

Gesundheit der Bevölkerung zu schützen

dient. In diesem Falle ist die Sperre eine

notwendige Maßnahme, die nicht aufzuheben

ist, solange die Gefahr besteht. Die Sperre

ist eine Maßnahme, die nur dann gerechtfertigt

ist, wenn sie die Gesundheit der Bevölkerung

zu schützen dient. In diesem Falle ist die

Sperre eine notwendige Maßnahme, die nicht

aufzuheben ist, solange die Gefahr besteht.

Die Sperre ist eine Maßnahme, die nur dann

gerechtfertigt ist, wenn sie die Gesundheit der

Bevölkerung zu schützen dient. In diesem

Falle ist die Sperre eine notwendige Maßnahme,

die nicht aufzuheben ist, solange die Gefahr

besteht. Die Sperre ist eine Maßnahme, die

nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie die

Gesundheit der Bevölkerung zu schützen

dient. In diesem Falle ist die Sperre eine

notwendige Maßnahme, die nicht aufzuheben

ist, solange die Gefahr besteht. Die Sperre

ist eine Maßnahme, die nur dann gerechtfertigt

ist, wenn sie die Gesundheit der Bevölkerung

zu schützen dient. In diesem Falle ist die

Sperre eine notwendige Maßnahme, die nicht

aufzuheben ist, solange die Gefahr besteht.

Die Sperre ist eine Maßnahme, die nur dann

gerechtfertigt ist, wenn sie die Gesundheit der

Bevölkerung zu schützen dient. In diesem

Falle ist die Sperre eine notwendige Maßnahme,

die nicht aufzuheben ist, solange die Gefahr

besteht. Die Sperre ist eine Maßnahme, die

nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie die

Gesundheit der Bevölkerung zu schützen

dient. In diesem Falle ist die Sperre eine

notwendige Maßnahme, die nicht aufzuheben

ist, solange die Gefahr besteht. Die Sperre

ist eine Maßnahme, die nur dann gerechtfertigt

ist, wenn sie die Gesundheit der Bevölkerung

zu schützen dient. In diesem Falle ist die

Sperre eine notwendige Maßnahme, die nicht

aufzuheben ist, solange die Gefahr besteht.

ganz richtigen Standpunkt gestellt und ich kann nur wünschen, daß die Aufhebung möglichst schnell erfolge, sobald die Sperre in den Nachbarstaaten erloschen ist, denn der durch die Sperre herbeigeführte Zustand ist eine Katastrophe. Es wäre gut, die Konsumargamente und Grenzbehörden anzuweisen, von Zeit zu Zeit Berichte über den Stand der Sperre zu erstatten und diese Berichte dann zu veröffentlichen, damit die Bevölkerung sich selbst von der Nothwendigkeit der Fortdauer der Sperre überzeugen kann.

Staatsminister Dr. v. Lucius: Auf dem ganzen Gebiete der Veterinärpolizei sei die prophylaktische Maßregel die einzig richtige und mit der sofort nach Auftreten der Sperre im Auslande angeordneten Sperre hat die deutsche Regierung nichts weiter, als ihre Schuldigkeit gethan. Die deutsche Regierung habe wiederholt versucht, die Aufhebung der Sperre herbeizuführen, weil die Sperre erloschen sei, aber während die Verhandlungen darüber stattfanden, sei die Sperre von Neuem ausgedehnt worden und es würde eine große Nachlässigkeit der Regierung involviren, wollte sie unter solchen Umständen mit der Aufhebung der Sperre vorgehen, denn gerade das wiederholte Verschwinden und Wiedererscheinen der Sperre ist Beweis dafür, daß dieselbe noch nicht erloschen ist. Was Oesterreich-Ungarn anlangt, so wisse jeder Zeitungleser, daß daselbst die Maul- und Klauenseuche grassire und die ungarische Regierung habe selbst sich veranlaßt gesehen, die Einfuhr von ihrem Haupterzeugnis Fleisch bei Fest zu verbieten. Darin liegt wohl die beste Rechtfertigung dafür, daß die deutsche Regierung lediglich aus sachlichen Gründen bei ihren Maßnahmen verharren sei. Dasselbe sei zu konstatiren gegenüber der russischen Grenze. Die deutsche Regierung sei sich ihrer doppelten Pflicht bewußt, einmal die deutsche Landwirtschaft gegen Invasion zu schützen, andererseits aber mit den Sperremaßnahmen nicht weiter zu gehen, als es dringend geboten sei. Für den Antrag Dr. Barth fehle die maßgebende Voraussetzung und möge das Haus den Antrag Webst annehmen, oder nicht, die Regierung werde in jedem Falle ihre Schuldigkeit thun. (Beifall.)

Abg. Dr. Webst (nat.-lib.) erklärt sich gegen den Antrag Barth, weil die Sperre in Dänemark noch nicht erloschen sei. Daß die Sperremaßregel schwere Folgen mit sich geführt habe, namentlich in Oesterreich, sei nicht zu bestreiten, ebenso wie es Thatsache sei, daß da, wo die Sperre die Einfuhr nach Schlachtenhöfen an der österreichischen Grenze gestillt habe, die Verhältnisse sich sofort gebessert hätten. Er wünsche deshalb möglichst Ausdehnung der Maßregel der Sperre, die Einfuhr und bitte, diesen Wunsch durch die Annahme seines Antrages zu unterstützen.

Abg. v. Webst-Malsch (konservativ) wendet sich namentlich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Bundeberg. Wenn derselbe behauptet habe, daß der Viehpest in Deutschland konstatirt sei, so sei das nicht zu glauben. Abg. Bundeberg: Das habe ich nicht behauptet! Gegen die Behauptung, daß die Sperremaßregel lediglich im agrarischen Interesse erlassen seien, müsse er entschieden Verwahrung einlegen. Den Antrag Barth bitte er abzulehnen, ebenso den Antrag Dr. Webst, der gar keinen Erfolg haben würde.

Abg. v. Bismarck (bfr.) konstatirt dem Staatssekretär v. Bötticher gegenüber, daß er der Rede des Abgeordneten Richter bei der ersten Sitzung des Reichstages in sehr scharfer Weise entgegengetreten sei, denn er habe dieselbe einmal als zu lang bezeichnet und Herrn Richter alsdann den Rath ertheilt, auszuwandern, wenn die Zustände in Deutschland so schlecht wären, wie er sie schildere. Herr v. Bötticher könne sich deshalb nicht wundern, wenn die freisinnige Partei jede Gelegenheit ergreife, um ihre in solcher Weise zurückgewiesenen Wünsche von Neuem zur Sprache zu bringen. Redner rechtfertigt alsdann den Antrag Barth. Die Angaben des Herrn von Bötticher über die Erhöhung der Preise für Schweinefleisch in anderen Ländern seien so ungenau gewesen, daß derselbe eine große Bedeutung nicht beizumessen sei. Man sollte einfach die Monate vor und die Monate nach dem Erlaß des Einfuhrverbots vergleichen, und dieser Vergleich ergebe, daß auf dem Berliner Viehmarkt eine erhebliche Preissteigerung eingetreten sei, als auf dem Hamburger Schlachthofe. In dem Augenblicke, wo das Einfuhrverbot erlassen wurde, haben sich die Einfuhrverhältnisse bei uns überhaupt von Grund aus geändert, die Einfuhr aus Holland und Frankreich an Schweinen habe sich wesentlich gehöhrt, und es ergebe sich daraus, daß der inländische Konsum den Bedarf nicht zu decken vermöge, weil in unserm Vaterlande die Schweineproduktion und die Schweinefleischverarbeitung örtlich zusammenhängen. In Betracht kommen bei der vorliegenden Frage auch die großen Handels- und Fabrikationsinteressen der Provinz Schleswig-Holstein. Es liege von Dänemark zur Zeit keine Gefahr für Deutschland vor, und von dieser Überzeugung ausgehend, hätten die Antragsteller die Aufhebung des Einfuhrverbots beantragt; es zeige sich auch durch die außerordentliche Zunahme des Exports aus Dänemark nach England, daß die Gefahr der Einschleppung nicht mehr vorhanden sei. Er wisse sehr wohl, daß die Gefahr zu schätzen, welche aus einer solchen Einschleppung für den Viehstand erwachsen könne, aber er sei der Ansicht, die Maßregel sei weiter nötig noch möglich gewesen. Der Verkehr der Hamburger Exportschiffe werde sich ziemlich über Kiel, dort würden die aus Dänemark bezogenen Schweine nach Hamburg verladen. Dieser Verkehr habe einen bedeutenden Umfang erreicht, so daß diese Industrie die größte ihrer Art auf dem Kontinent bilde. Im letzten Jahre seien circa 567,000 Schweine in Hamburg zum Export geschlachtet worden, darunter waren 287,000 aus Dänemark. Der Werth dieses Exports betrage sich auf 33 Millionen Mark. Es empfiehlt sich deshalb, das Einfuhrverbot als solches aufzuheben und an dessen Stelle eine bessere Veterinärkontrolle an der Grenze einzurichten. Er empfehle von seinem Standpunkte aus sowohl den Antrag Barth, wie den Antrag Webst zur Annahme.

Staatsminister von Bötticher konstatirt, daß er dem Vorredner gegenüber nichts weiter gethan habe, als auf die ungewöhnliche Ausdehnung

dieser Verabreichung zu verweisen. Wenn Vorredner behauptet habe, es liege in seinem (des Ministers) Temperament, daß er der Fortschrittspartei stets schroff entgegengetrete, so würde er dabei mit seinem Fraktionsgenossen Ricket in Widerspruch gerathen, der im vorigen Jahre geküßert habe, das Minister- und Invaliden-Versicherungs-Gesetz veranlaßt sein Zustandekommen lediglich der persönlichen Lebenswürdigkeit des Herrn v. Bötticher. (Beifall.) Im Uebrigen möge Herr Bismarck bedenken, beide Theile müßten sich gegenseitig ertragen, die Freisinnigen ihm, den Staatssekretär, wie er die Freisinnigen. (Beifall.)

Abg. Sedlmayr (nat.-lib.) bittet den Staatssekretär um eine wohlwollende Prüfung des Antrages der Gemeinde und der Handelskammer von München auf Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbots von Oesterreich.

Staatssekretär v. Bötticher würde darauf sehr gern eine Antwort geben, allein ein derartiger Antrag sei noch nicht an den Bundesrath gelangt. Eine wohlwollende Prüfung des Antrages wolle er gern verzeihen.

Abg. Graf v. Hohenhausen (Zentrum) weist einige Bemerkungen des Abg. Bismarck zurück.

Abg. v. Kriesen (kons.) behauptet, daß der Abg. Bundeberg verzwangsweise von Sozialdemokraten gewählt sei (Ruf links: Unwahrscheinlichkeit) und wendet sich gegen einige Ausführungen desselben, bleibt aber auf der Journalistentribüne unerschrocken.

Abg. Graf v. Hohenhausen (kons.) betont, daß bei Gelegenheit der Verabreichung der Maßregeln zur Bekämpfung der Viehpest in den Ländern des Bundes die Landwirtschaft stets für die schärfsten Maßnahmen gestimmt hätten. Die große Menge kleiner Landwirthe in Schleswig-Holstein, von denen Jeder einige Schweine hätte, verlange Schutz gegen Infektion, und wenn Bismarck behauptet habe, die Sperre wäre weiter nötig, noch möglich, so behaupte er, die Maßregel war für Schleswig-Holstein sowohl nötig, als möglich. (Beifall rechts.)

Abg. Kröber (Volksp.) wiederholt seine gestrigen Behauptungen von der durch die Sperre hervorgerufenen Vertheuerung der Fleischpreise.

Abg. v. Engler (nat.-lib.) führt aus, daß es ein dringender Wunsch der Industrie wäre, daß die Chemiker bei dem Reichs-Gesundheitsamt einer Staatsprüfung unterworfen würden.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Erlaß einer Prüfungsordnung für Nahrungsmittel-Chemiker sei noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Staatsprüfung der Chemiker sei Sache der Einzelstaaten, es würde aber auch auf diesem Gebiete von Reichswegen eine Einheitlichkeit angebracht werden.

Abg. Goldschmidt (bfr.) tritt dem Abg. Engler bei, indem er die Schwierigkeit betont, welche sich dem nicht praktisch gebildeten Chemiker auf dem Gebiete der Nahrungsmittel-untersuchung entgegenstellten.

Abg. Grub (nat.-lib.) befragt die endliche Herbeiführung der Gleichberechtigung der Gymnasien und Realgymnasien bezüglich des Rechts der Abiturienten zum Studium der Medizin.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, daß die zu diesem Zwecke einberufen gewesene Kommission die Sache eingehend erwogen habe, daß sie sich aber nicht entschließen konnte, den Realgymnasien dieselben Rechte zu gewähren, wie den Gymnasien. Seitdem sei keine weitere Anregung in dieser Beziehung an den Bundesrath herangerichtet. Im übrigen dürfe heute auch nicht der geeignete Zeitpunkt zu einer solchen Anregung sein. Die Sache würde keine Bedeutung haben, da das medizinische Studium an Ueberfüllung leide.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung werden die Anträge Dr. Barth und Dr. Webst abgelehnt.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgen verschiedene persönliche Bemerkungen.

Darauf wird die Beratung vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 19. November. Das „Marine-Verordnungs-Blatt“ veröffentlicht folgende **Amerikanische Anerkennung:**
Es gericht Wir zur lebhaften Befriedigung, dem Kommando Admiral Deimhard, Chef Meines Kreuzer-Geschwaders, Meinen Dank und Meine Anerkennung für die Thatkraft und Umsicht auszusprechen, mit welcher derselbe die Blockade an der afrikanischen Küste geleitet und bis zu ihrem Abschluß mit Erfolg durchgeführt hat. Ich erlaube Sie, dies zur Kenntniß der Marine zu bringen und hierbei in Meinem Namen den Offizieren und Mannschaften Meine Zufriedenheit mit ihren Leistungen und auch mit ihrer Ausdauer zu erkennen zu geben. Gleichzeitig wünsche ich, dem Kommando Admiral Deimhard durch Verleihung des Sterns zum künftigen Kronenorden 2. Klasse mit Schwertern Meine Wohlgeogenheit zu bezeugen, und habe diese Dekoration dem Genannten beauftragt, ihm auch von dieser Dekoration unmittelbare Kenntniß zu geben. An Bord S. M. „Kaiser“.

Mithrasen, 1. November 1889.

An den Vizeadmiral und kommandirenden Admiral Freiherrn v. d. Goltz.

— Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich hat, wie der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ meldet, bei Gelegenheit des 75jährigen Jubiläums des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 an den Obersten von **Miksch-Buchberg** folgendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Oberst von Miksch-Buchberg. Die innigen Beziehungen, welche Mich als Chef zweier Regimenter mit dem künftigen preussischen Heere verbinden, lassen Mich allen wichtigen Ereignissen desselben Meinen lebhaftesten Interesse entgegenbringen. Ich nehme deshalb regen Antheil an der Feier des 75jährigen Bestehens des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2, des Regiments, welches seit seiner Errichtung Meinem Namen so nahe steht, dessen Chef seit mehr als 40 Jahren zu sein Ich so glücklich bin und welches mit Eifer auf seine ruhm- und ehrenreiche Geschichte zurückblicken kann.

Ich entbiete dem Regiment zu seinem Festtage Meinen besten Glückwünsche und gedanke bei jeder Gelegenheit gerne der jüngsten Zeit, in

welcher es mir vergönnt war, die Kaiser Franz Garde-Grenadiere ihrem erlauchten Obersten Kriegsherrn, Meinen theueren Freunde und Bundesgenossen, Sr. Majestät Wilhelm II., deutschem Kaiser und König von Preußen, vorzuführen und in der Mitte des Regiments zu weilen.

Ich bin überzeugt, daß das schöne und tapfere Regiment auch in Zukunft seine ruhmvollen Traditionen hochhalten wird, zur Ehre des künftigen preussischen Heeres, zur Befriedigung seines Allerhöchsten Kriegsherrn, Allerhöchstenwelschen der Allmächtige segnen und schirmen möge.

Ich bleibe, Herr Oberst, Ihr wohlgeheimer Franz Josef.

Wien, 10. Oktober 1889.

— Kaiser Wilhelm überreichte dem Könige von Griechenland vor seiner Abreise von Korfu ein Telegramm, in welchem er demselben nochmals für die herzliche Aufnahme dankt, die ihm auf griechischem Boden zu Theil wurde. Gleichzeitig bezeichnete der Kaiser seine Fahrt durch das ägäische Meer und die Umfahrt um den Peloponnes als die herrlichste Reise, die er bisher unternommen habe.

— Einer der „Post. Ztg.“ heute aus London zugehenden eigenen Drahtmeldung zufolge hat der Prinz von Wales in der Parkkirche zu Sandringham zur Erinnerung an den Kaiser Friedrich eine von dem Bildhauer Böhm gefertigte Marmortafel mit dem Brustbilde des verewigten Kaisers andringen lassen.

— Wie bereits berichtet, hat die Kommission für das Sozialistengesetz gestern Abend in mehrstündiger Verhandlung die Anwendungsfrage erörtert und die Debatte darüber auf Donnerstag vertagt. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Kommission sich gegen die Beibehaltung der Anweisungen entschieden wird. Mit den Nationalliberalen erklärte sich auch der freisinnig-vollständige Abg. Prinz Schönau-Carolath gegen sie und selbstverständlich nehmen die deutschfreisinnigen und liberalen Gegner jedes Sozialistengesetzes die nämliche Stellung ein.

Elberfeld, 17. November. Aus Anlaß des morgigen von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts beginnenden großen **Sozialistenprozesses**, dessen Dauer bis zum 21. Dezember sich erstrecken soll, sind ungewöhnliche **Sicherheitsmaßregeln** getroffen worden. Die zum Landgericht führende Straße wird durch Polizeibeamte gesperrt; Parteien, Angestellte, Zeugen und Sachverständige, welche von das Landgericht geladen sind, haben ihre Vorstellungen mitzubringen und dieselben den Polizeibeamten vorzulegen. Diejenigen Personen, welche Zutritt zu den Audienzen der Strafkammer oder auch derjenigen Strafkammer wünschen, in welcher die laufenden Strafprozesse verhandelt werden, haben sich Tags zuvor Durchlaßkarten geben zu lassen. Wer endlich sonstige Geschäfte in den Räumen des Landgerichts zu erledigen hat, die nicht auf die nachmittägliche Zeit verschoben werden können, hat das dem dienstherrnenden Polizeibeamten mitzutheilen, worauf über seinen Einlaß befunden wird. Der Zutritt zu dem Schwurgerichtssaale, in welchem die Verhandlungen des Sozialistenprozesses stattfinden, ist nur bei Vorzeigung von vorher gelassenen Karten gestattet.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. November. (Post. Ztg.) Der **Jungceutank** erklärte das Landesamt für den Reichsrath als unvereinbar. Demzufolge legte Dr. Eduard Gregr sein Reichsrathsmandat nieder. Die bezügliche Erklärung ist bereits an die Reichsrathskanzlei gelangt. Die Führung der jungceutank Gruppe im Abgeordnetenhaus hat Dr. Ullrich übernommen, der im Wahlbezirk Gregrs kandidiren wird.

Peft, 16. November. In dem ungarischen Abgeordnetenhaus brachte Polonyi, der Führer der äußersten Linken, heute folgende Interpellation ein, die er in einer längeren Rede erläuterte:

„Hilt der Minister-Präsident die gegenwärtige Art der Dreien-Vertheilung für vereinbar mit unserer Staatsverfassung und unserer Verfassung? Hilt er es insbesondere vereinbar mit unserer Verfassung, daß der Franz-Josef-Orden, der nach Niederwerfung des ungarischen Freiheitskampfes zur Erinnerung an den Triumph des österreichischen Kaiserthums gestiftet worden, an ungarische Staatsbürger verliehen werde? Ist es wahr, daß bei der Verleihung von Orden und Auszeichnungen an ungarische Staatsbürger den österreichischen Ministern ein Einfluß gestattet ist und hält der Minister-Präsident dies für vereinbar mit unserer Verfassung?“ Die Interpellation wurde dem Minister-Präsidenten zugestellt.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 13. November. Angesichts der neuerlichen Bestrebungen der Engländer, sich am Zambesi-Rahe festzusetzen, scheint die portugiesische Regierung ihren dortigen Besitz sichern zu wollen. So bringt das amtliche „Diario do Governo“ vom 9. dieses Monats ein Dekret, durch welches der am mittleren Lauf des Zambesi-Rahe gelegene Ort Sumbo, der bisher zum Bezirk Tete gehörte, zum Regierungssitz des neuorganisirten Bezirks Sumbo erhoben wird. Der Ort liegt am linken Ufer des Zambesi und wurde im Dezember 1861 von den Portugiesen besetzt, hatte 1867 einen Residenten (capitao mor) und eine kleine Besatzung. Die Bevölkerung bestand aus einigen Hundert Negern und 10-15 weißen portugiesischen Kaufleuten. Im Jahre 1885 besuchten die Forschungsreisenden Capello und Jovens die Niederlassung. Sumbo soll jetzt einen Gouverneur bekommen und an der Mündung des 25 Meilen weiter westlich in den Zambesi fließenden Kafue-Rahe wird eine Militärsation eingerichtet. Auch das südlich vom Zambesi-Rahe gelegene Gafaland bekommt eine besondere Verwaltung, deren oberster Beamter in Antiope residiren wird.

Lissabon, 15. November. Die Königin Amalie wurde heute von einem Sohne entbunden. Er erhielt den Namen Manuel. Pathegen sind die Königin-Wittve Maria Pia und der Graf von Paris, der Schwiegervater des regierenden Königs.

Amerika.

Die gestern hier eingegangenen amerikanischen Zeitungen bestätigen, daß die am 5. d. M. in zehn Staaten der nordamerikanischen Union

stattgehabten **Staatswahlen**, entgegen der Erwartung, größtentheils zu Gunsten der demokratischen Partei ausgefallen sind. So haben die Demokraten in Ohio und Iowa, die als republikanische Staaten galten, nicht nur ihren Besitz verloren, sondern auch die Gouverneursämter zum Siege verholfen, sondern auch andere Erfolge errungen, während sie in Massachusetts, diesem Bollwerke der republikanischen Partei, die bisher stets große Mehrheiten derselben ganz beträchtlich vermindert haben. In Virginia, wo der Gouverneur-Kandidat Mahone mit der moralischen Unterstützung der Regierung einen Kampf bis aufs Messer gegen seinen demokratischen Gegner geführt hat, errangen die Demokraten, weil unter den Republikanern selbst eine Spaltung eingetreten war, einen nicht zu unterschätzenden Sieg. Ferner haben die Demokraten bei den Staatswahlen in New-York, New-Jersey, Maryland und Mississippi den größten Theil ihrer Bewerber durchgebracht, so daß sie von den zehn Staaten, in welchen Wahlen stattfanden, sieben gewonnen haben. Die „New-Yorker Herald“ schreibt über das Wahlergebnis:

Ein solcher Erfolg ihrer politischen Gegner dürfte den Führern der republikanischen Partei zu denken geben, denn derselbe läßt die natürliche Schlussfolgerung zu, daß die Harris'sche Verwaltung es bis jetzt nicht verstanden hat, sich populär zu machen, obwohl zu berücksichtigen ist, daß dieselbe erst kurze Zeit im Amte ist und, daß der Kongreß noch nicht in Sitzung, keine rechte Gelegenheit gehabt hat, etwas Vorzügliches im Interesse der Nation zu thun. Vielleicht haben auch die berüchtigte Tammerangelegenheit, sowie die häufige Verlesung des Zivilistengesetzes dazu beigetragen, den Republikanern in einigen ihrer Staaten eine Niederlage zu bereiten. Für die Niederlage werden u. A. auch als Gründe die Hineinziehung der Tarif- sowie der Getränkefrage (Prohibition) in den Wahlkampf angeführt. Die erstere, d. h. die Strömung zu Gunsten einer Tarif-Reform auf Basis der Mills-Bill soll in Ohio den Ausschlag gegeben haben, während der Sieg der Demokraten in Iowa als Ausdruck der Volksabstimmung gegen das Verbot des Getränkehandels angesehen wird. Auch in Massachusetts, wo die Tarif-Reform seit der letzten Präsidentenwahl viele Anhänger selbst in der republikanischen Partei gewonnen hat, dürfte die zunehmende Opposition gegen die Beibehaltung des Schutzsystems viel zu der beträchtlichen Verabminderung der bisher üblichen großen republikanischen Mehrheit bei Wahlen beigetragen haben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. November. Die große Glocke der hiesigen Schloßkirche, welche am 20. Juni v. J. bei dem Trauergeläute am Kaiser Friedrich sprang, ist am 1. Oktober d. J. in der Glockengießerei von C. Vof u. Sohn hierseits umgegossen und wird heute nach der Schloßkirche gebracht werden. Die Glocke ist 132 Zentner schwer. Dieselbe trägt auf der Vorderseite die von Herrn Geh. Regierungs- und Provinzial-Schulrath Dr. Wehrmann verfaßte Inschrift:

In Trauer um zwei Kaiser erklungen
Bis 1888 ich zerspringen.
Als Wilhelm II. Kaiser war,
Tönte ich wieder frisch und klar.
Gyre ich Gott in der Höh' und Frieden
Sei uns im deutschen Reich beschieden!
Auf der Rückseite steht:
Zuschauet dem Herrn alle Welt, singet, rühmet, lobet! Pf. 98, 4.
Gegeben von Emil und Ernst Vof zu Stettin 1889.

— Das Anbieten von Geschenken an einen Beamten, um ihn zur pflichtwidrigen Unterlassung einer Diensthandlung zu bestimmen, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 1. Strafsenat, vom 11. März 1889 als Bestechung zu bestrafen, selbst wenn der Beamte bereits vor dem Anbieten der Geschenke die betreffende Diensthandlung pflichtgemäß vorgenommen hatte, und somit die vom Thäter erwirkte Unterlassung der Diensthandlung nicht mehr möglich ist.

— Wie wir f. Z. mitgetheilt, entfernte sich am 10. Oktober der 9 Jahre alte Sohn des künftigen Erben des Reichthums, ohne wieder dahin zurückzukehren. Obwohl inzwischen eingehende Nachfragen angestellt sind, konnte über den Verbleib des Kindes nicht das Geringste ermittelt werden, auch die in letzter Zeit seitens der Polizei eingeleitete Untersuchung über den Fall hatten bisher keinen Erfolg.

— Der lange Jahre hier als Steuere-Direktor thätige Provinzial-Steuer-Direktor, Geh. Ober-Finanzrath Schomer in Magdeburg ist zum Wirkl. Geh. Ober-Finanzrath und General-Direktor der indirekten Steuern ernannt. — Der deutsche Kellnerbund, der seiner Zeit mit dem originellen Vorschlag eines Kellnerordens, in Gestalt eines vergoldeten Sterns am silbernen Ketten, debilitirte, macht jetzt in seinem offiziellen Organ, der „Hotelrevue“, den Vorschlag, jeder Oberkellner solle an beiden Armen, dort, wo das Militär seine Grabdröhne trägt, eine feine Kette oder Schnur aus Gold tragen. Die Kellner sollen dieselbe Auszeichnung in Silber tragen.

— Wir wollen nicht unterlassen, an dieser Stelle noch besonders auf das heute Abend im Bellevue-Theater stattfindende Wohltätigkeits-Konzert des Frauenvereins „Oberweiß“ aufmerksam zu machen. Neben Frau Langenhans-Walke wirken die Damen Fräulein Alexander, Gadeck, Jppen, Klinge und andere Schillerinnen der Frau Schröder-Chaloupka, sowie geschätzte Dilettanten mit, außerdem wird Herr Konzertmeister Klinge die Ballade und Polonaise von Bientemps für Violoncelle vortragen. Das Programm ist so reichhaltig und so gut gewählt, daß eine angenehme Abendunterhaltung zweifellos ist.

— In der gestrigen Versammlung des Bezirksvereins „Mittelstadt“ wurden aus der Vereinskasse 100 Mark zur Weihnachtsgeschenkvertheilung billigschaffender alter Leute aus dem Vereinsbezirk bewilligt. Um den Mitgliedern und andern Wohlthätern Gelegenheit zu geben, durch freiwillige Beiträge diese Summe noch zu erhöhen, soll in dem Geschäft des Vorstehenden, Herrn Kaufmann We, eine Liste aufgelegt und etwaige Spenden entgegen genommen werden. * Vorgestern gegen Abend fand im großen Saal ein Zusammenstoß zwischen dem auf

da wurde sie glühend roth, aber ohne sich zu befeimen, antwortete sie, daß ihr noch nie ein anderer Mann von Liebe gesprochen, daß sie Keinem ihr Wort verkauft habe; aber sie sagte dann fort hinzu, daß sie mir trotzdem jede Hoffnung benehmen müßte, je ihre Liebe zu gewinnen. Sie sprach dann zu mir so gültig, so herzwergewinnend, so tröstend, daß ich trotz der Verletzung meiner Eitelkeit und der Verwundung meiner Hoffnung nicht zürnen konnte. Sie ist ein Engel, ein direct vom Himmel zu uns niederachtgegrer Engel, und wenn ich es wüßte,

„Dies verruchte Gaufelspiel soll über das
Räuber-Gebiet ausgedehnt werden.“

Wissenschaftliche des Professors, er nahm dann Theil an dem Betrage, durch welchen Delene gezwungen werden sollte, sich dem Willen der Mutter zu beugen. Und dieser Betrag schien ihm um so verabschmugungswürdiger, weil er zu seinen Umständen ausgeübt werden sollte, seine eigene Schuld nurd hierdurch noch erhöht. Aber weshalb mußte denn er selbst, gerade er es sein, der der Tante des Professors Betrügereien enthielte? Dies war Ervals Aufgabe! Erval hatte nicht sein Wort gegeben, er konnte frei und ungebunden sprechen.

28.

Die Baronin saß in ihrem Schlafzimmer zurückgelehnt in dem bequemen Lehnstuhl, auf ihrem Schooße ruhte die geöffnete Wappe mit ihren geliebten Papieren; mit der rechten Hand blätterte sie in den so oft gelese- nen Briefen, in der linken hielt sie die Hand Helenens, die auf einem Sessel vor ihr saß und mit angstvollen Spannung ihr in die Augen blickte.

„Ich bin um zweiundvierzig Jahre in der Zeit zurückgehen, um meine Erählung zu beginnen.“ fuhr die Baronin fort. „Ja, merkwürdig, gerade heute sind es zweiundvierzig Jahre, denn der heutige Tag ist der Geburtstag meines Kindes, der Tag, der mir das höchste Glück und den höchsten Schmerz des Lebens brachte.“

Manat von P. Sales:
„Goldblondes Haar“.

